



Ministerium für Arbeit und Sozialordnung,
Familie, Frauen und Senioren
Baden-Württemberg
Herrn Ministerialdirektor
Jürgen Lämmle
Schellingstraße 15
70174 Stuttgart

Bayerisches Staatsministerium für
Gesundheit und Pflege
Frau Amtschefin
Ruth Nowak
Haidenauplatz 1
81667 München

Staatssekretärin in der Senatsverwaltung für
Gesundheit und Soziales
des Landes Berlin
Frau Emine Demirbüken-Wegner
Oranienstr. 106
10969 Berlin

Staatsrat beim Senator für Gesundheit
der Freien Hansestadt Bremen
Herrn Peter Härtl
Bahnhofplatz 29
28195 Bremen

Staatssekretär des Hessisches Ministerium
für Soziales und Integration
Herrn Dr. Wolfgang Dippel
Dostojewskistr. 4
65187 Wiesbaden

Staatssekretär des Niedersächsisches Ministe-
rium für Soziales, Gesundheit und
Gleichstellung
Herrn Jörg Röhmann
Hinrich-Wilhelm-Kopf-Platz 2
30159 Hannover

Lutz Stroppe

Staatssekretär

HAUSANSCHRIFT Rochusstraße 1, 53123 Bonn
POSTANSCHRIFT 53107 Bonn

TEL +49 (0)228 99 441-1030
FAX +49 (0)228 99 441-4903
E-MAIL poststelle@bmg.bund.de

Bonn, 2. Juli 2015

Staatssekretärin des Ministerium für Arbeit,
Soziales, Gesundheit, Frauen und Familie des
Landes Brandenburg
Frau Almuth Hartwig-Tiedt
Heinrich-Mann-Allee 103
14473 Potsdam

Staatsrätin der Behörde für Gesundheit und
Verbraucherschutz in der Freien und Hanse-
stadt Hamburg
Frau Elke Badde
Billstraße 80
20539 Hamburg

Staatssekretär des Ministerium für Arbeit,
Gleichstellung und Soziales des Landes
Mecklenburg-Vorpommern
Herrn Nikolaus Voss
Werderstr. 124
19055 Schwerin

Staatssekretärin des Ministerium für
Gesundheit, Emanzipation, Pflege und Alter
des Landes Nordrhein-Westfalen
Frau Martina Hoffmann-Badache
Horionplatz 1
40213 Düsseldorf

Staatssekretär des Ministerium
für Soziales, Arbeit, Gesundheit und Demogra-
fie des Landes Rheinland-Pfalz
Herrn David Langner
Bauhofstraße 9
55116 Mainz

Staatssekretärin des Sächsischen
Staatsministerium für Soziales und Verbrau-
cherschutz
Frau Andrea Fischer
Albertstr. 10
01097 Dresden

Staatssekretärin des Ministerium für Soziales,
Gesundheit, Wissenschaft und Gleichstellung
des Landes Schleswig-Holstein
Frau Anette Langner
Adolf-Westphal-Str. 4
24143 Kiel

Staatssekretär des Ministerium
für Soziales, Gesundheit,
Frauen und Familie
Herr Stephan Kolling
Franz-Josef-Röder-Straße 23
66119 Saarbrücken

Staatssekretärin des Ministerium für Arbeit
und Soziales des Landes Sachsen-Anhalt
Frau Anja Naumann
Turmschanzenstraße 25
39114 Magdeburg

Staatssekretärin des
Thüringer Ministerium für Arbeit, Soziales,
Gesundheit, Frauen und Familie
Frau Ines Feierabend
Werner-Seelenbinder-Str. 6
99096 Erfurt

Ausschließlich per E-Mail

Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen,

die Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung (BZgA) ist in diesem Haushaltsjahr durch einen Beschluss des Haushaltsausschusses des Deutschen Bundestages mit der neuen Aufgabe der Förderung der Gesundheitsinformation von Flüchtlingen in Deutschland beauftragt.

Gemeinsam mit den Kolleginnen und den Kollegen der BZgA haben wir ein Teilprogramm „Förderung der Gesundheit von Flüchtlingen“ im Jahresarbeitsprogramm der BZgA entwickelt, das die folgenden Schwerpunkte enthält und auch im Jahr 2016 fortgesetzt wird:

- bundesweite Bestands- und Bedarfserhebung,
- Erweiterung des Info-Dienstes Migration um eine Rubrik „Gesundheit von Flüchtlingen“,
- Bereitstellung von fremdsprachigen Printmedien für Flüchtlinge/Asylbewerber,
- Erstellung von Materialien für Erstaufnahmeeinrichtungen,
- Bereitstellung von Basismedien für Leistungserbringer im Gesundheitswesen,
- Aufbau eines „Gesundheitsportals Migration und Gesundheit“,

- Erarbeitung eines Fortbildungs- und Qualifizierungsmoduls für haupt- und ehrenamtliche Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in der Flüchtlingsarbeit.

Eine herausgehobene Bedeutung bekommt dabei zunächst die Bestands- und Bedarfserhebung, da Flüchtlinge innerhalb der gesundheitlichen Aufklärung bisher nicht zu den Zielgruppen der BZgA zählten. Die BZgA wird daher eine Bestands- und Bedarfserhebung sowie eine Analyse der Ausgangssituation vornehmen mit dem Ziel der Erstellung einer bedarfsgerechten und abgestimmten Maßnahmenplanung. Die Erhebungen werden von der Hessischen Arbeitsgemeinschaft für Gesundheitserziehung e.V. (HAGE) sowie vom Universitätsklinikum Heidelberg ausgeführt. Die beiden Organisationen nutzen verschiedene Zugangswege in der Ansprache der Adressaten. Während die HAGE vorrangig nichtstaatliche und private Initiativen in den Blick nimmt, wendet sich das Uniklinikum Heidelberg an den Öffentlichen Gesundheitsdienst (ÖGD). Dieses Vorgehen soll insgesamt zu einer besseren Transparenz der medizinischen Versorgung sowie von Projekten oder Programmen zur Verbesserung der Gesundheitsförderung von Flüchtlingen beitragen.

Ich bitte Sie ausdrücklich um Unterstützung bei der Bestands- und Bedarfserhebung und wäre sehr dankbar dafür, wenn Sie dieses Schreiben ebenfalls an Ihre Kolleginnen und Kollegen der Innen- und Integrationsministerien sowie die kommunalen Träger weiterleiten und dort für die Beteiligung werben würden. Die Erhebung wird die Grundlage für die weitere Maßnahmenplanung in der BZgA aber auch im Bundesministerium für Gesundheit sein. Dies auch im Sinne der erfolgreichen Integrationspolitik, die wir gemeinsam mit Ihnen gestalten wollen.

Für Rückfragen im Bundesministerium für Gesundheit stehen Ihnen der Leiter des Referates Z 24 „Migration, Integration, Demografie und Gesundheit“, Herr Schierbaum, und seine Stellvertreterin, Frau Schamberger-Bloß, unter den folgenden Kontaktdaten gern zur Verfügung: (per E-Mail: Z24@bmg.bund.de oder per Telefon: 0228 941 1840 bzw. 030 18 441 3698).

Ich bedanke mich vorab für Ihre Unterstützung.

Mit freundlichen Grüßen

